Nr. 85
September 2020

Für den Landkreis Göppingen in Berlin

SPD

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde im Landkreis Göppingen,

während wir Abgeordneten noch in unseren Wahlkreisen unterwegs waren, erhielt der Deutsche Bundestag, das Reichstagsgebäude, ungute mediale Aufmerksamkeit, als Demonstrantinnen und Demonstranten Absperrungen durchbrachen. Weder das Gebäude, noch das Parlament selbst waren wirklich bedroht. Aber die Provokation und die unschönen Bilder von Reichskriegsflaggen auf den Treppen des hohen Hauses haben so manchem einen kalten Schauer über den Rücken laufen lassen. Der vorab angekündigte, selbstproklamierte „Sturm auf den Reichstag“ lässt von Sprache und Gebaren keinen Zweifel daran, dass er in tiefer Verachtung für unseren Rechtsstaat und unsere Demokratie wurzelt.

Dass diese Verachtung als Verteidigung demokratischer Rechte und der Meinungsfreiheit verkauft wird, ist für mich eine Zumutung. Die Maßnahmen und Einschränkungen, die in den letzten Monaten ergriffen wurden, waren gewiss beispiellos – aber zu keinem Zeitpunkt waren sie undemokratisch. Gesetzliche Grundlagen wurden vom Deutschen Bundestag geschaffen, Verordnungsrechte zeitlich begrenzt und inhaltlich klar definiert vom Parlament gewährt. Exekutive Sonderrechte werden von uns Abgeordneten regelmäßig überprüft und werden frühestmöglich zurückgeführt. Es gab eine breite politische und gesellschaftliche Debatte, ein öffentliches Abwägen von Ziel und Wirkung bei jedem Schritt. Kritik und Zweifel wurden innerhalb der Regierung, der Fraktionen, der Parteien, der Zivilgesellschaft frei geäußert und debattiert. Verschiedene Handlungswege werden medial hitzig diskutiert, weder zögerliche Entscheidungen noch entschlossenes Voranpreschen schützen vor Kritik. Expertinnen und Experten werden angehört. Gerichte revidierten Verordnungen oder ließen sie nach Prüfung zu, Demonstrationen wurden auch unter schwierigen Umständen ermöglicht. Die Coronakrise hat die Demokratie nicht gefährdet, sondern ihre Handlungsfähigkeit in schweren Zeiten beeindruckend zur Schau gestellt.

Ja, wir befinden in uns in einer Ausnahmesituation. Es ist nachvollziehbar, dass so manche von uns die Belastungen dieser Zeit spüren, dass wir Sorgen, Zweifel und teilweise existentielle Ängste hegen. Es ist auch erwartbar, dass einige der Maßnahmen, die getroffen wurden, sich im Rückblick als wirksamer herausstellen werden als andere. Dass Fehler gemacht wurden und werden, ist kein Defizit der Demokratie. Aber die Demokratie ermöglicht es, Fehler und Erfolge ehrlich zu benennen und Schlüsse aus ihnen zu ziehen. Deshalb lasst uns über den richtigen Weg streiten, wie wir die Coronakrise bewältigen und welche Werte und Grundsätze unsere Politik jetzt und in Zukunft leiten sollen. Und lasst uns dabei immer gemeinsam für die soziale Demokratie einstehen.

Ihre/Eure

Heike Baehrens

Lobbyregister

Lobbyarbeit hat für viele erst einmal einen negativen Klang. Doch es gehört zum Wesen unserer offenen Demokratie, dass sich Interessengruppen organisieren und ihre Anliegen auch gegenüber der Politik vertreten können. Für uns in der Politik ist es wesentlich, dass Erfahrungen und Probleme aus allen Bereichen der Gesellschaft in unsere Entscheidungsfindung einbezogen werden. Als Pflegebeauftragte stehe ich zum Beispiel in regem Austausch mit Pflegeberufsverbänden, Pflegekassen oder mit frei-gemeinnützigen oder privaten Anbietern von Pflege. Aber: Die Aktivitäten von Interessensvertreterinnen und -vertretern müssen nachvollziehbar sein, damit unlautere Einflussnahme verhindert und verfolgbar wird. Deshalb fordern wir seit langem ein Lobbyregister für Bundestag und Bundesregierung.

Ein solches Register ist überfällig. Aber mit der Union regieren bedeutet auch: dranbleiben, bohren und jede aktuelle Entwicklung nutzen, um progressive Politik auch gegen konservative Blockadehaltung durchzusetzen. Durch das offensichtliche Fehlverhalten des CDU-Abgeordneten Philipp Amthor hat sich uns jetzt eine Gelegenheit geboten, die wir nicht haben verstreichen lassen:

Wir ergreifen verschiedene Maßnahmen, um den Lobbyismus zu begrenzen und mehr Transparenz herzustellen. Dazu schaffen wir einen Regelungsrahmen für das Miteinander von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Es wird eine Registrierungspflicht eingeführt („Lobbyregister“) für diejenigen, die Interessenvertretung gegenüber dem Deutschen Bundestag ausüben und dabei im demokratischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess mitwirken. Interessenvertreter*innen werden verpflichtet, sich einen Verhaltenskodex zu geben, der Grundsätze integrer Interessenvertretung definiert und ein öffentliches Rügeverfahren bei Verstößen vorsieht. Verstöße gegen die Registrierungspflicht werden künftig mit Ordnungsgeld sanktioniert.

Arbeitsschutz in der Fleischindustrie

Die Coronakrise hat ein Brennglas auf viele Spannungsfelder in unserer Gesellschaft gerichtet. Es ist gut, dass wir nicht nur auf die Verbreitung des Virus und die wirtschaftlichen Auswirkungen reagieren, sondern auch darüber hinaus soziale Ungerechtigkeiten angehen, die durch die Pandemie ans Tageslicht gefördert wurden. Dazu gehören die unerträglichen Arbeitsverhältnisse in der Fleischindustrie. Es geht dabei um Gesundheitsschutz und elementare Arbeitnehmer*innenrechte.

Unser Arbeitsminister Hubertus Heil kämpft dafür, mit einheitlichen Kontrollstandards und höheren Bußgeldern für verlässlichen Arbeits- und Gesundheitsschutz zu sorgen. Wenn am gleichen Fließband Beschäftigte mit vielen verschiedenen Werkverträgen arbeiten, ist am Ende kaum noch nachvollziehbar, wer die Verantwortung für faire Bezahlung, für den Arbeits- und Gesundheitsschutz und für eine menschenwürdige Unterbringung trägt. Deshalb sollen künftig nur noch Mitarbeiter*innen des eigenen Betriebes Tiere schlachten und das Fleisch verarbeiten dürfen. Elektronische Aufzeichnung der Arbeitszeiten werden zur Pflicht und der Einsatz von Fremdpersonal im Kerngeschäft wird unterbunden. Außerdem wird die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften verbessert.

Nachhaltigkeit als politische Richtschnur

Politisches Handeln braucht den weiten Blick und muss in der Verantwortung für kommende Generationen mutig sein. Denn es gilt, Ökosysteme, das Klima und die Gesundheit nachhaltig zu schützen. Wir wollen Beschäftigung zu guten Bedingungen heute sichern und gleichzeitig zukunftsträchtige Branchen entwickeln. Wir wollen wirtschaftliche Prosperität und ökologisches Handeln fördern. Dafür haben wir bereits wichtige Weichen gestellt. Als einziges Industrieland der Welt steigen wir zeitgleich aus Kohle- und Kernenergie aus und treiben den Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch Jahr für Jahr auf ein neues Rekordniveau. Wir haben ein ambitioniertes Klimapaket verabschiedet, mit dem wir in den nationalen Emissionshandel einsteigen, die energetische Sanierung von Gebäuden in Deutschland anregen, den öffentlichen Nahverkehr massiv ausbauen und das Bahnfahren billiger machen.

Wir haben sechs ausgeglichene Haushalte in Folge vorgelegt und waren deshalb in der Lage, in der Corona-Krise enorme soziale Auffangnetze zu spannen. COVID-19 darf nun nicht dazu führen, dass die Anstrengungen der Umwelt- und Klimaschutzpolitik nachlassen. Das vom Deutschen Bundestag beschlossene Konjunkturpaket beinhaltet ein umfangreiches Klima- und Zukunftspaket. Mit diesem Paket werden rund 50 Milliarden Euro in innovative und klimafreundliche Technologien sowie in Forschung und Entwicklung investiert – das ist ein wichtiges Signal.

Nachhaltigkeit ist Richtschnur unserer Politik.. Dafür ist wichtig, die Nachhaltigkeitsdimensionen Ökologie, Ökonomie und Soziales auf einander zu beziehen und ihre Wechselwirkungen zu betrachten. In dieser Sitzungswoche haben wir deshalb das Thema im Bundestag aus verschiedenen Perspektiven debattiert und gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen entsprechenden Antrag verabschiedet, der die vielen Facetten unserer Nachhaltigkeitsstrategie beleuchtet. Einen Überblick über diese Themen und unsere politischen Vorhaben dazu findet ihr hier – von Umwelt, Wirtschaft und Energie über Arbeit und Soziales, Bildung, Gesundheit bis hin zu Verkehr und Stadtentwicklung.

Der Antrag kann hier nachgelesen werden.

Bis 2030 wollen wir die 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen („SDGs“) erreichen.

Coronahilfen verlängern und ausbauen

Gesundheitsversorgung

Moderne stationäre Notfallkapazitäten sowie digitale Ausstattung und Vernetzung unserer Krankenhäuser werden einmalig mit drei Milliarden Euro aus dem Bundeshaushalt gefördert — eigentlich zuständig sind die Bundesländer für die Investitionskosten der Krankenhäuser!

Gleichzeitig schaffen wir Rahmenbedingungen, damit coronabedingte Erlösausfälle und Mehrkosten für Krankenhäuser ausgeglichen werden. Wir verlängern Schutzschirme, damit Pflegeeinrichtungen und -dienste sowie Familien weiter so gut wie möglich entlastet werden. Dazu gehört die Akuthilfe Pflege und das Pflegeunterstützungsgeld. Das Kinderkrankengeld kann 2020 an 15 statt nur an 10 Tagen bezogen werden (bzw. 30 Tage von Alleinerziehenden).

Wirtschaft

Mit verschiedenen Hilfsprogrammen konnten Unternehmen gestützt und Arbeitsplätze gesichert werden. Um in Bedrängnis geratenen Unternehmen die nötige Luft zu geben, staatliche Hilfen zu beantragen und Sanierungsbemühungen voranzutreiben, wurde die Aussetzung der Insolvenzantragspflichten beschlossen. Dieser zielgerichtete Eingriff hat sich bewährt: Eine Pleitewelle konnte bislang verhindert werden. Deshalb wollen wir die Aussetzung der Antragspflicht für überschuldete Unternehmen bis zum 31. Dezember 2020 verlängern. Auch das Kurzarbeitergeld wird von 12 auf 24 Monate verlängert.

Investitionen

Wir entlasten Städte und Gemeinden in Milliardenhöhe – das war uns in den Verhandlungen des Konjunkturpakets ein besonderes Anliegen. Denn Kommunen sichern das wirtschaftliche, soziale und kulturelle Leben vor Ort und müssen dazu handlungsfähig sein und investieren können.

Die Ausfälle bei der Gewerbesteuer, die durch die Corona-Pandemie entstanden sind, sollen durch Bund und Länder pauschal ausgeglichen werden. Um die Finanzkraft der Städte und Gemeinden dauerhaft zu stärken, entlastet der Bund die Kommunen bei den Kosten für Sozialausgaben.

Schutzsuchende aufnehmen

Der Brand im Flüchtlingslager Moria ist der Höhepunkt einer humanitären Katastrophe. Deutschland kann und muss handeln. Bereits letzte Woche habe ich deshalb gemeinsam mit Fraktionskolleginnen und Kollegen einen Brandbrief an die Bundeskanzlerin geschrieben und gefordert, dass Deutschland vorangeht und Schutzsuchende in großer Zahl aufnimmt. Auch der SPD-Parteivorstand hat einen entsprechenden Beschluss gefasst und als Verhandlungsbasis mit der Union genutzt.

Ich bin froh, dass wir als SPD erreicht haben, dass in einem ersten Schritt zusätzlich zu den geplanten 150 unbegleiteten Minderjährigen noch über 1500 weitere Personen, vor allem Familien mit Kindern, in Deutschland Schutz finden. Bei den Verhandlungen mit der Union hat uns die große Bereitschaft aus den Städten und Kommunen geholfen, genauso wie die lautstarke Rückendeckung vieler einzelner Bürgerinnen und Bürger.

Natürlich bleibt unser Ziel, dass sich andere europäische Länder unserem Beispiel anschließen und Menschen aufnehmen. Es ist gut, dass sich die Union auf unseren Druck hin endlich bewegt hat. Wir arbeiten kontinuierlich weiter, das europäische Kontingent gemeinsam mit anderen Ländern aufzustocken und dann auch den deutschen Anteil weiter zu erhöhen. Weiterhin setzen wir uns dafür ein, gerade im Rahmen der Deutschen EU-Ratspräsidentschaft voran zu kommen bei der zugegebenermaßen sehr festgefahrenen europäischen Asylpolitik. Um die akute Not vor Ort zu lindern, leistet Deutschland außerdem umfassende humanitäre Hilfe.

Unterwegs im Landkreis

Innovativ

Durch Tests Infektionsketten durchbrechen ist wichtig. Entscheidend ist dabei, wie zuverlässig und schnell die Ergebnisse gewonnen, ausgewertet und transportiert werden. Dafür hat das Unternehmen HUBER-Group in **Mühlhausen im Täle** ein System entwickelt, das die gesamte Prozesskette umfasst und für Ärzteschaft, Gesundheitsämter, Robert-Koch-Institut wertvolle Synergien schafft.

Regional

Auch in idyllischer Kulisse lässt sich über Klimawandel, Verbraucherverhalten, Düngeverordnung und die Bedeutung regionaler Vermarktung diskutieren. Dazu hatten mich die beiden **Schlater** Landwirte Florian Münkle und Frieder Mühlhäuser unter die Schlater Hausberge Fuchseck und Wasserberg eingeladen.

Nah dran

Vom Fußballer zum Alltagsbegleiter — Christof Weber, Torwart in der Traditionsmannschaft des VfB Stuttgart, bietet seit Mai dieses Jahres mit seinem Team Alltagshilfen an: Alles, was gebraucht wird, im Vorfeld von Pflege.

Die Bundestagsabgeordnete
für den Landkreis Göppingen
Heike Baehrens

SPD

Sehr gefreut habe ich mich über den Memento-Preis für den Einsatz gegen vernachlässigte Krankheiten, den ich in der Kategorie *Politischer Wille* verliehen bekommen habe. Das Engagement für bezahlbare Impfstoffe, Diagnostika und Medikamente ist gerade in Zeiten von Covid-19 wichtiger denn je. Dieser Preis ist für mich Auftrag und Ansporn: Der Zugang zu lebensnotwendigen Arzneimitteln darf nicht davon abhängen, wo ein Mensch geboren wurde.

Termine

Montag, 21. September 11:30 Uhr
Besuch der Firma CureVac AG
mit Martin Rosemann, MdB
und Sabine Dittmar, MdB
Tübingen

Dienstag, 22. September
10:30 Uhr
(Wirtschafts)-Politischer Gedankenaustausch mit Südwestmetall
Esslingen
14:30 Uhr
„Aktuelle Bundespolitik“
AG 60plus
TV Jahn Gaststätte Göppingen
18:30 Uhr
Jubiläumsfeier 10 Jahre Energieagentur Landkreis Göppingen
mit Prof. Dr. Ernst Ulrich von Weizsäcker

Mittwoch, 23. September
20:00 Uhr
Kreisvorstandssitzung
Rechberghausen
22:00 Uhr [Ausstrahlung]
Als Gast beim SWR-Fernsehen
„mal ehrlich...“

Freitag, 25. September
14:30 Uhr
EUTB Göppingen
Gesprächstermin
17:00 Uhr
Fridays for Future KlimaStreik
#KeinGradWeiter!
Marktplatz Göppingen
19:30 Uhr
Kreisdelegiertenkonferenz SPD-Kreisverband Göppingen

Samstag, 26. September 9:00 Uhr
Sozialkammer
Evangelische Kirche Deutschland (EKD)

Sonntag, 27. September 13:30 Uhr
Festakt und Akademiefest
zum 75-jährigen Jubiläum
der Evangelischen Akademie
mit Bundestagspräsident Dr. Schäuble
Bad Boll

Montag, 28. September bis
Freitag, 2. Oktober
Sitzungswoche des Deutschen Bundestags

Bürgerbüro
Roth Carré Schillerplatz 10
73033 Göppingen
Tel: 07161 / 988 35 46
Fax: 07161 / 504 82 74

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 / 227 74157
Fax: 030 / 227 70159

heike.baehrens.wk@bundestag.de

heike.baehrens@bundestag.de

Stand: 18. September 2020, 10 Uhr